

*Frau
Präsidentin des Burgenländischen Landtages
Verena Dunst
Landhaus
7000 Eisenstadt*

Eisenstadt, am 21. Oktober 2021

Selbständiger Antrag

der Landtagsabgeordneten Robert Hergovich, Doris Prohaska, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Bereitstellung einer „Vereinbarkeitsmilliarde“ für Familie und Beruf

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließungsantrag des Burgenländischen Landtages vom ...betreffend Bereitstellung einer „Vereinbarkeitsmilliarde“ für Familie und Beruf

Die Covid-19-Pandemie hat erneut die große Bedeutung der Kinderbetreuung und Elementarbildung für Gesellschaft und Wirtschaft gezeigt. Vor allem Frauen stehen unter besonders hohem Druck. Die unbezahlte Haus- und Sorgearbeit – vor allem für Kinderbetreuung – nimmt zu, während das Einkommen tendenziell sinkt. Demzufolge sind erwerbstätige Mütter von der Covid-19-Pandemie doppelt betroffen und werden durch die Unvereinbarkeit von Berufs- und Privatleben sukzessive aus dem Arbeitsmarkt gedrängt. Die SozialpartnerInnen und die Industriellenvereinigung haben daher ein gemeinsames Forderungspapier zur besseren Vereinbarkeit von Familie und Beruf entwickelt, die zentrale Forderung ist ein Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz ab dem 1. Geburtstag.

Nach wie vor wird auch die Kinderbetreuung in allen Bundesländern anders geregelt. Seit dem 1. November 2019 sind die öffentlichen Kindergärten und Kinderrippen im Burgenland gratis. Das Burgenland mit der Unterstützung seiner 171 Gemeinden nimmt durch dieses Angebot österreichweit die Vorreiterrolle ein.

Gerade bei der Elementarpädagogik im Kindergarten braucht es neben dem Rechtsanspruch auf den Kindergartenplatz dringend auch ein bundeseinheitliches Rahmengesetz, um einheitliche und hohe Mindeststandards zu gewährleisten. Die Leidtragenden der mangelnden Kinderbetreuung sind meist Frauen. Um Beruf und Familie besser vereinbaren zu können, braucht es flächendeckende, leistbare und qualitätsvolle Kinderbetreuungsangebote in ganz Österreich. Nur so können Frauen nach der Karenz schneller an den Arbeitsplatz zurückkommen, was sich auf ihre Erwerbskarrieren, ihr Einkommen und ihre Pension positiv auswirkt. Die Bundesregierung unter Kanzler Christian Kern und Vizekanzler Reinhold Mitterlehner plante bereits 2016 den richtigen Schritt in Form der kostenlosen (Nachmittags-) Betreuung an Österreichs Schulen und Kindergärten – inklusive Rechtsanspruch für jedes Kind. 1,2 Milliarden Euro sollten dafür zur Verfügung gestellt werden.

Die bekannt gewordenen ÖVP-Chatverläufe zeigen, wie der jetzige Klubobmann der ÖVP Sebastian Kurz aus reinem machtpolitischem Interesse, eiskaltem Kalkül und blankem Egoismus diese Errungenschaft für Kinder, Eltern und insbesondere Frauen verhinderte.

Der Landtag hat beschlossen:

Die Burgenländische Landesregierung wird aufgefordert, an die Bundesregierung heranzutreten, diese möge eine „Vereinbarkeitsmilliarde“ für den Ausbau von Kinderbetreuungseinrichtungen zur Verfügung zu stellen sowie ein konkretes Finanzierungsmodell in die Wege zu leiten.“